



Hannoversche Initiative für „Soziale Stadt“ gegründet

Wenn das keine Glückszahl ist: 13 Aktive trafen sich am 1. Juli im Haupthaus des Stadtteilbauernhofs Sahlkamp. Ihr Ziel: Das Städtebauförderpro-

gramm „Soziale Stadt – Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ muss wieder 95 Millionen Euro erhalten – jährlich. Die Bundesregie-

rung hatte diesen noch im Jahr 2010 bereit gestellten Betrag um siebenzig Prozent gekürzt. So stehen im laufenden Jahr nur 28,5 Millionen Euro für investive Vorhaben – womit nichts anderes als die Verbesserung der Wohnsituation von vielen Mietern gemeint ist – zur Verfügung. Mit Ihrer Forderung steht die hannoversche Initiative nicht allein da.

Immer mehr Initiativen aus vielen Städten, die bisher von dem Programm „Soziale Stadt“ profitierten, fordern bundesweit den Erhalt des Programms. Bereits im Januar hatten mehrere Organisationen und Kommunen das bundesweite „Bündnis für eine Soziale Stadt“ ins Leben gerufen.

„Das ist ein wirkliches Erfolgsprogramm, denn gemeinschaftliches und integriertes Handeln, politische Aufmerksamkeit, zielgenaue Unterstützung und Bürgerengagement führen zur Stabilisierung von benachteiligten und von Armut betroffenen Stadtquartieren. Diese Erfolgsgeschichte muss fortgeschrieben



werden“, bringen es die Gründungsmitglieder aus Hannover in ihrem Aufruf auf den Punkt.

Aber nicht nur dies ist ihnen wichtig. Sie weisen auch deutlich auf die bisherigen Erfolge des Programms „Soziale Stadt“ hin: Die betroffenen Stadtteile und die dort lebenden Bewohner haben eine enorme und fortlaufende Integrationsleistung zu erbringen. Mit vielfältigen Anstrengungen ist es bereits gelungen, in den Stadtteilen Vahrenheide-Ost, Mittelfeld, Hainholz und Stöcken die Abwärtsspirale zu bremsen.“

Lesen Sie weiter auf Seite 2

Auf der nächsten Seite geht es weiter ...

Hannoversche Initiative für „Soziale Stadt“ gegründet

Fortsetzung von Seite 1:

Neu ins Programm „Soziale Stadt“ ist seit Ende 2009 Sahlkamp-Mitte aufgenommen – auch in diesem Stadtteil in Hannovers Nordosten hoffen die Einwohnerinnen und Einwohner auf Verbesserungen in ihrem direkten Wohnumfeld. Die Gründungsmitglieder der „Hannoverschen Initiative für Soziale Stadt“ sind überzeugt, dass das Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ eine erfolgserprobte Strategie zur Stabilisierung benachteiligter Stadtteile ist.

Deshalb setzen sie sich dafür ein, dass dieses Programm gestärkt, ausgebaut, weiterentwickelt und verstetigt wird. Was nichts anderes heißt, als dass diese Mittel langfristig benötigt werden. Nur so haben Kommunen in Zukunft ein zentrales Instrument der Städtebauförderung, das die Initi-



Einige der Gründungsmitglieder der „Hannoversche Initiative für Soziale Stadt (HISS)“ (oben v.l.n.r.): Hans-Jürgen Jeroschewski, Gesamtpersonalratsvorsitzender der Stadt Hannover, Antje Burmeister, Christine Oppermann, Uwe Grunenberg, Avan Azad, Hanna Ahrens, Birgit Schütte von der Gewerkschaft ver.di Bezirk Hannover/Leine-Weser, (unten v.l.n.r.): Gisela Hoins, Kathrin Rödiger, Andreas Bodamer-Harig, Yilmaz Yüsekova. Nicht auf dem Foto: Dr. Horst Späth, Britta Lampmann, Vorstandsvorsitzende des SPATS e.V, und Anna Müller.

ativen zahlreicher Akteure bei der sozialen Stabilisierung benachteiligter Quartiere wirksam unterstützt. Die „Hannoversche Initiative für Soziale Stadt“ bereitet in den nächsten Wochen eine Postkartenaktion an hannoversche Bundestagsabgeordnete vor, mit der die Politikerinnen und Politiker aufgefordert werden, die Mittel für das Programm „Soziale Stadt“ im Jahr 2012 mit 95 Millionen Euro wieder auf das Niveau des Jahres 2010 anzuheben. Auch eine Podiumsdiskussion mit Bundestagsabgeordneten wollen die Aktiven organisieren. Die „Hannoversche Initiative für Soziale Stadt“ regt darüber hinaus an, dass die Landeshauptstadt Hannover dem bundesweiten „Bündnis für eine Soziale Stadt“ beitrifft. Informationen zur neuen Initiative, zu den Möglichkeiten der Mitwirkung und zu den geplanten weiteren Aktivitäten gibt es unter Tel. 70035853.